

Aus der Woche.

Welt und Leben unter der Lupe
editorieller Betrachtung.

Gerecht und Kongress.

Ein Vorkommnis von Bedeutung ist der zwischen dem Kongress und dem Obergericht des Distrikts Columbia entstandene Streit über angeblich verfassungswidrige Eingriffe des letzteren in die Autorität des ersteren. Der gesetzgebende und der richterliche Zweig der Regierung stehen sich darin gegenüber. Veranlaßt ist die Sache durch den Richter Daniel Thon Wright, demselben, der Gompers, Mitchell und Morrison wegen Mißachtung des Gerichts in Gefängnis schickte. Entstanden ist der Streit dadurch, daß der gemeinsame Ausschuss für Druckfachen ein von einer Firma in Massachusetts gemachtes Angebot für Papierlieferung an die Regierungsdruckerei verworfen und den Kontrakt an eine andere Firma vergab. Von der ersten Firma darum ersucht, ließ Richter Wright eine Weisung an den Ausschuss ergehen, sich darüber vornehmen zu lassen, warum kein Mandamus zur Zurücknahme des Kontrakts ausgestellt werden sollte. Von diesem Eingreifen übertrifft, erstatteten die Mitglieder des Ausschusses an ihre betreffenden Körperschaften Bericht und baten um Instruktionen. Es entspannen sich darüber lebhaft Debatten, die im Senat damit endeten, daß dieser seine Mitglieder anwies, dem Ansuchen des Gerichtshofes keine Folge zu geben, während das Haus seine Zustimmung gab, jedoch nur in der Absicht, die Zuständigkeit des Gerichtshofes in dessen eigenem Forum in Frage zu stellen.

Die Senatsmitglieder, die der Vorladung nicht Folge geben, können demnach gewärtigt sein, wegen Mißachtung des Gerichts vor dasselbe geladen zu werden und da sie im Auftrage des gesamten Senats gehandelt haben, wird die Frage entstehen, ob dieser sich der Mißachtung des Gerichts schuldig gemacht oder dieses sich der Mißachtung des Senats. Dieser begründet seine Weigerung damit, daß er ein gleich geordnetes Zweig der Regierung sei, der Gerichtshof mithin keine Berechtigung habe, sich in seine Geschäfte zu mischen. Da das Haus aber eine andere Stellung eingenommen hat, freilich mit demselben Endzweck, ist seine positive Haltung vonseiten des Kongresses gegeben.

Ein ähnlicher Fall lag vor einigen Jahren in der Legislatur von Michigan vor. Ein Mitglied des Hauses, Thomas C. Barkworth, erlangte vom Obergericht des Staates eine Weisung an das Haus, sich darüber zu veranworten, warum es sich weigere, gewisse Maßregeln zu beschließen, zu denen es verfassungsgemäß verpflichtet ist. Das Haus folgte der Weisung, machte aber geltend, daß dem Gerichtshof keine Jurisdiktion über einen gleichgeordneten Zweig der Regierung zustehe. Richter Coolen, der bedeutende Rechtskenner, trat für die Autorität des Hauses ein und der Gerichtshof zog den Fall zurück.

In anderem Lichte.

„Der beste Tarif, den die Ver. Staaten je gehabt haben,“ wird wohl noch eine andere Sentenz erfahren als das ihm vom Präsidenten ausgesetzte Leumundszeugnis, das erst nach des Beweises praktischer Prüfung bedarf. Zwar hat der Präsident schon aus der sechsmonatlichen Wirksamkeit des neuen Tarifs eine wesentliche Zunahme der Zolleinkünfte konstatiert, doch mag diese zum Teil durch die Importeure, die der Ungewissheit über Maximal- und Minimaltarif aus dem Wege gehen wollten, verursacht worden sein, im übrigen aber sind es gar nicht die Einnahmen, die für die Beurteilung des Tarifs durch das Volk in Betracht kommen, sondern seine Wirkung auf die Verbrauchsartikeln, deren Preise erst den richtigen Maßstab dafür geben können, was der Tarif gebracht hat. Das wird sich im Laufe der nächsten Jahre zeigen müssen und danach die Beurteilung ausfallen. Man kann nicht annehmen, daß eine so weit verbreitete Mißstimmung über den Tarif im Volke herrschen könnte, wenn einlaie beschneidende Worte des Präsidenten ausreichen würden, ihre Grundlosigkeit aufzuklären. Die Antwort wird nicht ausbleiben. Bereits machen sich ihre Anzeichen in einem Teile der Presse kund.

Zweifelsache ist, daß die Bevölkerung eine Revision des Tarifs nach unten erwartete. Und wenn das auch in der Plattform nicht ausdrücklich ausgesprochen war, so lag doch die Haltung der Partei, liehen Neben und gelegentliche Versicherungen maßgebender Persönlichkeiten erwarten, daß mit den Tarifanfragen, die den Monopolen eine unumkehrliche Ausbreitung verschafften, gründlich aufzuräumen werden würde. Das ist aber nicht geschehen und anstatt daß die Fülle auf Vorkaufsartikel im Auslande gegen die einheimischen auf Verbrauchsgüter erhobt worden wären, wie der Präsident ansetzt, hat eine unendliche hohe Besteuerung vieler notwendiger Artikel stattgefunden. „Werner Vork“ bringt eine Gegenüberstellung verschiedener Artikel, die Zollfrei sind, die auf den Kontrakt zogen. So zum Beispiel legt der Payne-Tarif auf Bergbauartikeln (Bakstein) einen Zoll von 15 Prozent

fest, auf Strümpfe aber 87. Automobile zahlen 50 Prozent, Garn 196; Pelzwaren 33, Kleidungsstücke 83; Schmucksachen 60 Prozent, Hemden 60; Champagner 50, wollene Decken 164 Prozent. Die Liste ließ sich um noch vieles verlängern, um zu beweisen, daß die Revision nicht in dem Sinne erfolgt ist, wie es dem Volke versprochen worden war. Wenn sie wirklich so ausgefallen wäre, wie man erwarten konnte, dann bedürfte es nicht des Hinweises auf die Tarifkommission, auf die anfangs große Erwartungen gesetzt waren, in der man noch nach Annahme des Tarifs das Korrektiv der vielen Unzulänglichkeiten des neuen Gesetzes sah, der aber jetzt nur ein quasi akademische Lehrbätigkeit betreffs entfehrer Zollfragen zugewiesen scheint. Und wieder ist die Lösung ausgegeben: D rühret, rühret nicht daran. Und dabei wird wieder die Haltung der Geschäftswelt in Betracht kommen. Dieselbe mag in der Stimmung sein, daß sie es vorzieht, die Dinge gehen zu lassen, wie sie einmal sind, anstatt sich von neuem in ihren Dispositionen fügen zu lassen und wenn der Konsument, der Verbraucher, der eigentlich die ganze Last zu tragen hat, sich nicht besonders laut vornehmen läßt, wird man nicht zu erwarten haben, daß die Tariffrage in der bevorstehenden Kampagne die hervorstechende Rolle spielt, die ihr zugedacht schien.

Frankreich und die Ver. Staaten.

Kurz vor Ablauf des von den Ver. Staaten gekündigten, bisherigen Abkommens mit Deutschland ist bekanntlich, seit nach Monaten zwischen beiden Ländern geführten Unterhandlungen betreffs einer neuen Vereinbarung, ein für beide Teile befriedigender Abschluss zustande gekommen. Aber nicht nur Deutschland wurden die Minimalzollraten des Payne-McBridg Tarifs zugestanden, sondern sie wurden auch Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguan, Mexiko, Panama, Liberia usw. — bisher im ganzen etwa zwanzig Ländern bewilligt. Es stehen noch ähnliche Anklindigungen behufs Regelung der künftigen Handelsbeziehungen zwischen den Ver. Staaten mit etwa achtzig anderen Ländern in Aussicht. Man sieht daraus, welche schwierige Aufgabe das neue Tarifgesetz dem Staatsdepartement auferlegt.

Eine Hauptschwierigkeit scheint nun in der Beilegung der Tarifdifferenzen zwischen den Ver. Staaten und Frankreich vorzuliegen. Es ist nur zu hoffen, daß nach dem 31. März ein Tarifkrieg vermieden werde. Wie aus neuesten Depeschen hervorgeht, hat Frankreich nicht die Absicht überall nachzugeben. Es erklärt, nach Mitteilungen der Pariser Temps, daß man an der Grenze der möglichen Konzessionen angelangt sei. Man ist der Ansicht, daß die innerpolitische Lage der Ver. Staaten es ratsam erscheinen läßt, einem Zollkrieg mit Frankreich aus dem Wege zu gehen.

Das System, das von Frankreich gehandhabt wird, hat die Eigentümlichkeit, daß man dort zwar einen Generaltarif und einen Minimaltarif aufgestellt hat, aber zugleich gestattet, den bisherigen Tarif aufrechtzuerhalten, oder Sätze zwischen General- und Minimaltarif zu gewähren. Das geschieht selbstredend nur im Verkehr mit Ländern, die Frankreich ein gleiches Entgegenkommen zeigen. Man hat dort Werthhölle als Kampfmittel vorgeschlagen gegen Länder, die französische Waaren Differentialzölle entgegenstellen. Das ist eine recht unangenehme Sache, denn dann kann der gewöhnliche Zollsatz noch auf 50 Prozent des Werths der Waare gesteigert werden.

Der Unterschied zwischen dem Generaltarif und dem Minimaltarif ist in der Regel in dem Verhältnis von 3 zu 2 festgesetzt. Er ist also nicht so überschredend wie in dem am 1. April 1910 in Kraft tretenden Payne-Tarif, demzufolge er durchgehends auf 25 Proz. des Werthes fixiert ist. Andererseits sieht in Frankreich der Generaltarif auch Fälle für solche Waaren vor, die im Minimaltarif zollfrei sind. Nach dem Payne-Tarif bleiben alle Waaren, die im Minimaltarif zollfrei sind, auch bei Anwendung des Normaltarifs zollfrei. Sehr bedeutend fortgeschritten ist in dem neuen französischen Zolltarif die Spezialisierung der einzelnen Handelsartikel. Dabei treten zuweilen zwischen den verschiedenen Varietäten der gleichen Waarengattungen sehr gewaltige Steigerungen bei der Zollfestsetzung hervor. So erscheinen zum Beispiel Stahlröhren je nach ihren Dimensionen mit Belastungen von 7 bis 50 Prozent pro 100 Kilogramm im Minimaltarif, während Stahlröhren für unterseefische Kabel zollfrei bleiben. Vom Standpunkte Frankreichs aus hat der Präsident der New Yorker französischen Handelskammer, Henry G. Bourd, die Situation eines Vertreters der New Yorker Handelszeitung, wie folgt, erläutert:

„Es ist zu hoffen, daß die juristische Schulung und der gerechte Sinn des Präsidenten ihn zu der Einsicht bringen werden, daß gegen Frankreich die Beschuldigungen unangemessener Diskrimination gegen die Ver. Staaten nicht zulässig ist. Die Regierung Frankreichs nimmt diese Stellung ein, und

soweit bekannt, ist ihrerseits kein sonstiges Entgegenkommen bisher gezeigt, noch für notwendig befunden worden. Von einer Diskrimination kann absolut nicht die Rede sein, denn es ist die Schuld der Ver. Staaten, daß sie nicht gleich anderen Ländern auf Grund des französischen Tarifs v. J. 1892 mit unserer Regierung einen Reziprozitätsvertrag abgeschlossen haben. Ein solcher war tatsächlich im Jahre 1899, auf Grund der von dem amerikanischen Bevollmächtigten, Ruffon, geführten Unterhandlungen, zwischen den beiderseitigen Ländern bereits vereinbart und seitens Frankreichs auch ratifiziert worden. Bekanntlich hat der Bundes Senat sich jedoch nie zur Gutbeihung des Vertrages entschließen können. Außerdem wurden mittels Spezial-Abmachungen in den Jahren 1898, 1902 und 1908 zwischen den beiden Ländern gegenseitige Zollbegünstigungen vereinbart. Diese Abmachungen sind jedoch einseitig von den Ver. Staaten aufgehoben worden, und seit dem 7. November haben französische Luxuswaren bei der hiesigen Einfuhr einen höheren Zoll als vordem zu zahlen. Somit ist nicht nur die bisher der hiesigen Einfuhr aus Frankreich gewährten Zollbegünstigungen fortgefallen, sie unterliegt jetzt auch höheren Zöllen als zuvor. Dem französischen Tarifgesetz gemäß fielen darauf hin von dem gleichen Tage an auch die der amerikanischen Einfuhr nach Frankreich gewährten Konzessionen fort, und es läßt sich nicht einsehen, wie dieses selbstverständliche Vorgehen des anderen Landes als Diskrimination gelten kann. Wenn jetzt behauptet wird, daß seit dem 7. November amerikanische Produkte in Frankreich Maximalzölle zu zahlen haben, so ist das unrichtig. Der französische Tarif kennt Vertrags- und allgemeine Raten, und ohne Vertrag mit den Ver. Staaten hat deren Einfuhr nach Frankreich die höheren Raten zu zahlen. Sie können nur durch neue Gesetzgebung erhöht werden. Außerdem kann Frankreich jedoch von der Einfuhr aus einem sich unfreundlich verhaltenden Lande prohibitive Maximalraten erheben. Da nichts Derartiges gegen die Einfuhr aus Amerika geschieht, so liegt keine Diskrimination vor.“

Hoffentlich ist es bestimmt zu erwarten, daß es zu einer Verständigung kommen wird. Schon aus Gründen der inneren Politik wird sicherlich die Entscheidung des Präsidenten zu Gunsten weiterer ungestörter Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern lauten.

Gewicht der Postfächer.

Bei der Ermittlung der Ursachen des Post-Diffizits ist unter anderem die Frage erhoben worden, ob die Regierung nicht den Transport durch die Eisenbahnen zu theuer bezahlt. Bekannt ist das schon früher worden und müßte durch eine Untersuchung beantwortet werden. Die Feststellung der Raten geschieht durch praktische Probe. Die beförderten Postfächer werden klassifiziert, während eines gewissen Zeitraums gemogen und danach die den Bahnen zukommende Vergütung bemessen. Auf allen Bahnen, die mehr als achtundvierzigtausend Pfund den Tag befördert, ist die Jahresrate \$19.24 für die Meile. Zwischen acht undvierzig bis fünftausend Pfund werden \$20.30 für die Meile gezahlt, bei geringerer Menge entsprechend mehr.

Die Feststellung der beförderten Gewichtsmenge wird für einen bestimmten Zeitraum nach durchschnittlichem täglichen Gewicht vorgenommen. Zu dem Behuf wird das Gebiet der Ver. Staaten in vier Sektionen oder Distrikte geteilt und in jedem derselben in jedem Jahr das Gewicht festgestellt. Auf Grund der so erhaltenen Daten werden dann die Kontrakte auf vier Jahre ausgegeben, nach deren Ablauf dann eine abermalige Prüfung stattfindet. Für das Gebiet westlich vom Mississippi und Missouri wird mit dem Wiegen dieser Tage begonnen und für 105 Tage fortgesetzt werden. Während dieser Zeit sind die Postfächer in allen Postämtern täglich zu wiegen. Das bei einer Durchschnittsberechnung festgestellte Gewicht gilt danach als Grundlage der an die Bahnen während der nächsten vier Jahre zu zahlenden Vergütung. Treten während dieser Periode Änderungen ein, Zunahme oder Abnahme der Postsendungen, so wird darauf keine Rücksicht genommen. Die einmal festgesetzte Rate gilt für die ganze Dauer des Kontraktes.

Den angegebenen Daten gemäß wird sich bei Annahme einer Grundrate von zwanzig Meilen pro Tonne und Jahr die den Bahnen bezahlte Summe auf ein Pfund Postfächer pro Jahr auf einen Cent die Meile stellen. Das mag zu viel sein, vielleicht auch zu wenig. Die Bahnen behaupten das letztere und haben mehrfach darauf gedrungen, daß das Wiegen alljährlich vorgenommen werde, um eine gerechtere Vergütung zu erzielen. Früher wurde behauptet, die Bahnen wählten mit Hilfe guter Freunde dafür zu sorgen, daß die Postfächer während der Abwiegungsperiode „aufhooft“ werden, doch veranlaßt wurde, in dieser Zeit eine möglichst große Zahl von öffentlichen Dokumenten und bezahlten zur Beförderung zu versenden, doch das war vermutlich nur scheinbare Verteilung, denn sich auf Pfenningmaßmethode

zu verlegen, haben die Bahnen nicht nötig. Man wird nur festzustellen haben, ob die gezahlte Vergütung zu hoch bemessen ist, um darin eine der Ursachen des Postdiffizits suchen zu können.

Die Goldproduktion der Ver. Staaten.

Auf \$99,232,200 wird der Werth der Goldausbeute unseres Landes vom vergangenen Jahre geschätzt. Das ist mehr als man erwartet hatte, über \$4,000,000 mehr als im Jahre 1908. Daß man kein richtiges Zutrauen in den Erfolg hatte, kam daher, daß in einer Anzahl Staaten der Goldbergbau zurückgegangen war, was aber dadurch weit gemacht wurde, daß die Arbeiten in sechs Staaten und Territorien einen großartigen Aufschwung genommen hatten. Allen voran steht da der Staat Nevada, wo die Goldausbeute, hauptsächlich dank dem Minenbetrieb von Goldfield und Tonopah, eine Zunahme von \$3,219,000 aufwies. Die nächste bedeutende Zunahme hat California zu verzeichnen, nämlich um \$1,941,000. Auch für Alaska, Montana und Arizona wird ein nennenswerther Aufschwung gemeldet. Die gesammte Ausbeute Nevadas betrug \$14,908,400, die Californias \$21,271,300. Auf der anderen Seite sind verschiedene Staaten bedenklich zurückgegangen. So Colorado um \$916,300, South Dakota um \$892,300, außerdem Oregon, Utah, Idaho, während die geringen Beiträge von Tennessee, Texas, Wyoming und Porto Rico überhaupt nicht sehr in die Waagschale fallen. Die gesammte Goldausbeute Colorados belief sich auf \$21,954,700, die von South Dakota auf \$6,849,000, die von Oregon \$712,900, von Utah \$3,844,800, von Idaho \$1,389,300.

California hat seinen alten Namen als Goldland hauptsächlich dem Umstande zu verdanken, daß die klimatischen Verhältnisse so ausgezeichnet sind, Wasser in Ueberfluß vorhanden ist und Lebensmittel und Arbeitszeug sich bequem beschaffen lassen. Auch finden die Goldgräber guten Absatz für ihre Ausbeute in den zahlreichen Kupferhmelzwerken des Staates.

Eine besonders lebhaft Tätigkeit im Goldbergbau hat Arizona und eine fast noch lebhaftere Utah entwickelt. Die Ausbeute in Arizona stieg von \$2,500,000 in 1908 auf \$2,672,300 in 1909, und die in Utah betrug im letzten Jahre \$3,844,800.

Der Staat Washington steht im Bergbau überhaupt noch ziemlich zurück und bringt es im Durchschnitt nicht viel über \$250,000 jährlich, im letzten Jahre aber doch auf \$377,900. Das ist immerhin ein bemerkenswerter Fortschritt. Es gibt etwa 60 bis 70 ergiebige Minen in diesem Staate, die meist ziemlich tief gehen.

Was den Welthandel betrifft, so überstieg die Ausfuhr die Einfuhr um \$30,939,163. Die erstere belief sich auf \$13,510,513 in Erzen, \$26,233,368 in Waren und \$6,059,313 in Münze, die Ausfuhr auf \$498,822 in Erzen, \$43,021,545 in Waren und \$86,803,265 in Münze der Vereinigten Staaten, sowie \$2,717,725 in ausländischer Münze. Die Einfuhr in Waren und ungemünztem Golde kam größtenteils aus Mexiko, zu einem kleineren Betrage auch aus Kanada und Südamerika. Der größte Teil des gemünzten Goldes ging nach Südamerika und bedeutendere Beträge auch nach Japan, England und Frankreich.

Die Klugheit der Polizeihunde grenzt ans Unglaubliche. Vor kurzem wurde am Tatorte eines Verbrechens als einzige Spur ein blutbestrehter Handschuh gefunden. Es galt, den rechten Handschuh mit dem dazu gehörigen Täter zu finden. Dem Polizeihund wurde der Handschuh unter die Nase gehalten mit den Worten: „Such Handschuh!“ Der Hund stieß spornstreichs davon und war schon innerhalb zehn Minuten zurück. In seiner Schnauze hatte er Schillers Gedichte.

Die Wahrung einer Anzeige: Gehen Sie Ihrem Rauchen Ruhe, — hängt bei den gegenwärtigen Lebensmittelpreisen wie Spott, der dem Schaden zugefügt wird.

Höflichkeit, die nur auf der Junge liegt, ohne im Herzen zu wohnen, ist wie der süße Duft giftiger Blumen.

Eine Umfrage in den Hotels von New York, ob schon Zimmer für Reisende belegt seien, die per Ballon über den Ozean erwartet werden, ergab, wie die N. Y. Staatszeitung mitteilt, ein negatives Resultat.

Mit verachteten Stolz, wie ein hässlicher Muffler darauf bin, daß er keine Strümpfe trägt. Grillich macht man mit den Strümpfen keine Nacht und zweitens darf als sicher angenommen werden, daß Arion und Cerberus ebenfalls keine Strümpfe tragen.

Prof. Lowell von der Sternwarte in Arizona hat einen neuen Kanal auf dem Mars entdeckt. Und hält das mit anderen Wissenschaftlern für einen untrüglichen Beweis, daß der Mars von lebenden Wesen bewohnt ist. ... Geilte Cool, Dr. Cool, am Ende! ...

James A. Kalar, M. D. Sara Elaine Kalar, M. D.
Das Kalar Hospital
Ärzte Kalar & Kalar, Ärzte und Chirurgen.
Ein allgemeines medizinisches und chirurgisches Hospital, ein modern und vorzüglich eingerichtetes Institut für die Behandlung von Krankheiten und für chirurgische Operationen. Offen für alle Ärzte und Krankenschwestern. Eine Schule für Krankenschwestern in Verbindung mit dem Hospital.
Aussicht im Postgebäude. Wohnung im Hospital.
Phone: Office, 64. Wohnung, 2 64.
Bloomfield, Nebraska.

Saunders-Westrand Co.
früher Westrand & Sons Elevator.
Kauft Getreide jeder Art, sowie Vieh, zu den höchsten Marktpreisen und er sucht den Farmer um die Gelegenheit, ihm Angebote auf seine Verkaufsprodukte zu machen.
Wick, Paper, Geschäftsführer.

Martin C. Peters,
Deutscher Land-Agent.
Ich kaufe und verkaufe Land in Nebraska, Nord- und Süd Dakota und der Pan-Handle-Gegend, Texas. Kommt mich eure Farmen zum Verkauf übernehen.
Länder in Knox County, Nebr., meine Spezialität.
Sprecht vor oder schreibt, wenn ihr etwas in diesem Fache wünscht.
Martin C. Peters.
Bloomfield, Knox County, Nebraska.

Farmers Grain & Live Stock Co.
Händler in
Getreide, Rohlen und Vieh.
Eure Produkte erwünscht.
H. F. Cunningham, Sekretär und Schatzmeister.

Edward Renard, Präsident. F. S. Graham, Vize-Präsident.
E. O. Blaton, Kassier.
Citizens State Bank.
Kapital \$20,000.00 Ueberschuß \$15,000.00
Sitz ausschließlich von Knox County Leuten geeignet und betrieben.

Kann irgend etwas im Bankwesen verrichten. Macht hier den Versuch.
Wir machen Farm-Anteilen auf lange Zeit und zu niedrigen Zinsen.

Henry's Platz.
Henry Grohmann, Eigentümer.
Liefere Getränke in Groß- und Kleinhandel in jeder gewünschten Quantität. Empfehle meine vorzüglichen Getränke und Cigarren. Das berühmte **Storz Bier** stets an Zapf. Es bittet freundlich um geneigten Zuspruch
Henry Grohmann.

The Bloomfield Bar
Die besten
Weine, Liqueure und Cigarren
stets an Hand.
Jettens berühmtes
"Gold Top" Bier am Zapf
Eure Kundhaft ist mir stets willkommen.
Groops, Grohmann & Rudstorf, Eigentümer.